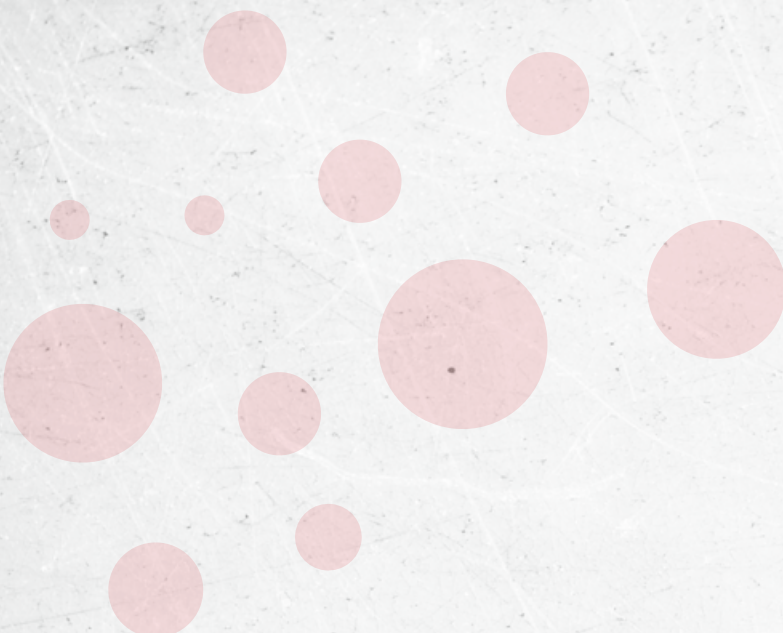


DIE 1990er JAHRE

Epochaler Umbruch
nach dem Mauerfall







SIBYLLE THELEN

1990

Gleichzeitigkeit prägt das politische Geschehen nach dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989. Und auch die politische Bildung erlebt in der letzten Dekade des 20. Jahrhunderts ein „Jahrzehnt der Gleichzeitigkeit“. Methoden und Formate werden weiter ausdifferenziert. Die Vernetzung der Träger schreitet voran. Ein höchst lebendiger Fachdiskurs kreist um unterschiedliche Leitbilder der zu adressierenden Bürgerinnen und Bürger. Doch zugleich setzen einheitsbedingte Sparmaßnahmen, aber auch Effizienzdenken und Funktionalitätsansprüche die politische Bildung unter Druck. Auch die Landeszentrale, die 1992 ihr Tagungszentrum „Haus auf der Alb“ einweicht, erlebt die 1990er als ebenso bewegte wie einschneidende Jahre.

9. November 1989

In der Nacht der Maueröffnung feiern West- und Ostdeutsche gemeinsam das historische Ereignis.



Die Überwindung der deutschen Teilung, das Ende des Kalten Kriegs gut fünf Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg, die Herausbildung einer neuen globalen Machtstruktur – große Leitmotive charakterisieren die 1990er Jahre. Die Dekade beginnt mit stürmischen, auch im Rückblick noch immer unfassbar komplexen und folgenreichen Ereignissen. Sie bündelt Veränderungen, die sich zuvor sachte, oftmals unbemerkt angebahnt haben. Und sie setzt Entwicklungen frei, die weit über das Ende des 20. Jahrhunderts hinausreichen. Die Geschwindigkeit der Abläufe ist rasant. Gleichzeitigkeit prägt das Geschehen. Nicht von ungefähr spricht der Freiburger Historiker Ulrich Herbert in seiner monumentalen Chronik der „Geschichte

Deutschlands im 20. Jahrhundert“ von den 1990er Jahren als „Jahrzehnt der Überforderung“. Was treibt die Menschen in dieser Zeit alles um? Die Deutsche Einheit, die Auflösung der Sowjetunion und des Warschauer Pakts, die Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union (EU), der zweite Golfkrieg, der aufbrechende Konflikt im zerfallenden Jugoslawien, die Flucht- und Migrationsbewegungen weltweit, Asyldebatte, Pogrome und Brandanschläge im eigenen Land – an der Schnittstelle der Machtblöcke in West und Ost gilt es, die Folgen der Einheit und der neuen Weltordnung zugleich zu bewältigen. Zudem nehmen vorgespurte Entwicklungen wie die Umweltbewegung, die Frauenemanzipation oder die Verankerung der Kinderrechte

ihren weiteren Lauf. Nicht zuletzt fällt auch der in seiner Bedeutung noch nicht greifbare Beginn der digitalen Revolution in dieses Jahrzehnt.

Ausgangspunkt des epochalen Wandels ist der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989. Auch die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg wird von diesem Jahrhundertereignis erfasst. Symbolhaft zeigt das eine Begebenheit, die der damalige Direktor der Landeszentrale Siegfried Schiele als die „Sternstunde seines Lebens“ erinnert: „Ich war am 9. November zufälligerweise in Berlin, bei einer Tagung der Bundeszentrale für politische Bildung im Reichstagsgebäude, also direkt an der Mauer. Bei dieser Tagung sollte die politische Bildung aus 40 Jahren Bundesrepublik aufgearbeitet werden (...). Wir haben aber schnell bemerkt, da draußen vor den Fenstern tut sich etwas (...).“

Am Abend dieses Tages spricht Günter Schabowski, Mitglied des Zentralkomitees der SED und des Politbüros, bei einer Pressekonferenz vor laufenden Kameras die alles verändernden Worte, wonach die DDR-Regierung beschlossen habe, „eine Regelung zu treffen, die es jedem Bürger der DDR möglich macht, über Grenzübergangspunkte der DDR auszureisen“. Fälschlicherweise, wie sich später herausstellen soll, fügt Schabowski hinzu, die Lockerungen würden ab sofort in Kraft treten. Noch in derselben Nacht wird auch Siegfried Schiele Zeuge von dem, was auf die Liveübertragung folgt: Massen von Menschen strömen aus dem Ostteil der Stadt nach Westberlin. Wildfremde fallen sich weinend in die Arme. „Wahnsinn“ ist das Wort der Stunde. Am nächsten Tag macht sich der LpB-Direktor auf nach Ostberlin. Unversehens findet er sich im sonst streng bewachten Gebäude der Volkskammer inmitten einer Menschenmenge wieder. Es ist einer der Momente, die ihm verdeutlichen, dass hier gewaltige Veränderungen im Gange sind.

DIE LANDESZENTRALE LEISTET AUFBAUHILFE IN SACHSEN

Die Perspektiven verändern sich schlagartig. Noch im Mai 1989 hat die Bundesrepublik ihren vierzigsten Geburtstag in einem Ausmaß gefeiert, das den Heidelberger Historiker Edgar Wolfrum an ein „gründungsmythisches Jahrhundertereignis“ denken lässt. In seiner Gesamtdarstellung der bundesdeutschen Geschichte mit dem Titel „Die geglückte Demokratie“ beschreibt er das Selbstverständnis einer Gesellschaft, die zu diesem Zeitpunkt im Grunde nicht mehr an die Wiedervereinigung glaubt. Auch die Eigenstaatlichkeit der DDR wird nicht mehr in Zweifel gezogen. Dabei gärt es dort zunehmend. Unzufriedene Ostdeutsche finden sich in oppositionellen Gruppen zusammen, um politische Reformen, demokratische Rechte und im Mai 1989 freie Kommunalwahlen zu fordern. Im Sommer 1989 beginnt die Massenflucht aus der DDR. In Prag und Warschau warten Ausreisewillige in den bundesdeutschen Botschaften darauf, in den Westen zu gelangen. Menschenzüge machen sich von Ungarn zu Fuß über die Grenze auf nach Österreich. Aber auch viele, die bewusst in der DDR ausharren, wollen Veränderung. Immer zahlreicher versammeln sie sich regelmäßig montags zum öffentlichen Protest.

Die Massendemonstrationen der Friedlichen Revolution beschleunigen den Machtzerfall des SED-Regimes. Der Umbruch, der sich in anderen Staaten des Warschauer Pakts seit den 1980er Jahren abzeichnet, erfasst nun auch die DDR – und fegt sie rasch hinweg. Am 18. Oktober 1989 tritt der Staats- und Parteichef Erich Honecker zurück. Fünf Monate später besiegelt die erste freie Wahl der DDR, die Volkskammerwahl, das Ende des SED-Regimes. Als nächstes kommt die D-Mark; mit dem Staatsvertrag zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion werden zum 1. Juli 1990 große Teile der bundesdeutschen Rechts- und Wirtschaftsordnung auch in der DDR wirksam. Schließlich macht am 12. September 1990 der Zwei-Plus-Vier-Vertrag zwischen den beiden deutschen Staaten und den vier

Siegermächten des Zweiten Weltkriegs den Weg frei für die Deutsche Einheit, die am 3. Oktober 1990 vertraglich vollendet wird. Allein in Berlin feiert in dieser Nacht rund eine Million Menschen.

Der deutsche Südwesten liegt in diesen geschichts-trächtigen Monaten nicht im Zentrum des Geschehens. Doch auch hier werden die deutsch-deutschen Ereignisse von Politik und Gesellschaft nicht nur begierig verfolgt, sondern auch aktiv begleitet und unterstützt. Die Landeszentrale setzt auf mehrere Maßnahmen: Vermittlung, Begegnung und Aufbauhilfe. Die klassische Vermittlungsarbeit der LpB schwenkt schnell auf die Aktualitäten ein. Der Jahresbericht 1990 verzeichnet viele Veranstaltungen, die verschiedene Facetten des Umbruchs thematisieren. Bereits im April 1990 wird gemeinsam mit der Universität Tübingen ein großes Symposium im Stuttgarter Rathaus abgehalten –

mit Vorträgen über „Probleme des (Wieder-)Vereinigungsprozesses in Deutschland“, die gebündelt in der LpB-Zeitschrift „Der Bürger im Staat“ erscheinen. Über diese etablierten Formate der Wissensvermittlung hinaus greift die LpB im Einheitsjahr auch selbst in die Geschehnisse ein. Zum einen lädt sie zu Begegnungsseminaren ein, um nach vierzigjähriger Teilung das Kennenlernen zu fördern. Lehrkräfte, Polizisten, Frauen, Aktive aus der Kommunalpolitik und der sich bildenden Zivilgesellschaft, Studierende sowie Schülerinnen und Schüler aus Ost und West nähern sich an. Es wird erzählt und diskutiert, gereist und gefeiert. Die neuen Erfahrungen bereitet die LpB-Zeitschrift „Politik und Unterricht“ didaktisch auf, so dass die deutsch-deutschen Erkenntnisse in die weitere Bildungsarbeit einfließen können. Zum anderen leistet die LpB Aufbauhilfe vor Ort: mit einem Büro in Dresden, das im September 1990 eröffnet wird. Der aus Stuttgart ent-

September 1990

In diesem kleinen provisorischen Büro in der Wigardstraße in Dresden leistet die LpB Aufbauhilfe für die politische Bildungsarbeit in Sachsen. Einem aus Stuttgart entsandten Mitarbeiter folgt bald ein kleines Team.



Fotos (2) © Sächsische Landeszentrale für politische Bildung



März 1992

Die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (SLpB) zieht in den Schützenhof in Dresden-Trachau. Hier findet man sie heute noch.

sandte Mitarbeiter, dem bald ein kleines Team folgt, stellt rasch fest, dass in Sachsen eher Lebenshilfe gefragt ist als politische Bildung oder gar Belehrung. Der Jahresbericht 1991 fasst die von Erschöpfung und Gereiztheit geprägte Stimmung zusammen: „Die Leute dort erleben, dass wenig Bestand hat, was ihr Leben ausmachte. Die einen reagieren nur mit zwanghafter Anspannung, die anderen verweisen trotzig auf die vermeintlichen Errungenschaften der DDR.“

WIR SIND EIN VOLK! SIND WIR EIN VOLK?

Die Einheit ist da, aber die innere Einheit, die Altbundeskanzler Willy Brandt (SPD) angesichts des Mauerfalls in den Worten „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“ beschwört, erweist sich als heikler Prozess. Aufbau neuer Staats- und Verwaltungsstrukturen, Modernisierung der Infrastruktur, Schwenk von der Plan- zur Marktwirtschaft – der einzigartig jähe Systemwechsel führt zu Brüchen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, die der Freudentaumel schon bald nicht mehr verdecken kann. In Umfragen noch vor der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl im Dezember 1990 äußern Ostdeutsche mehrheitlich die Erwartung, die Angleichung der Lebensverhältnisse werde innerhalb der nächsten fünf Jahre erfolgen. Doch die „blühenden Landschaften“, die Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) im Einheitsjahr verspricht, lassen auf sich warten. Stattdessen erleben die Menschen, wie die Arbeitslosigkeit dramatisch steigt und Märkte kollabieren, weil Betriebe mit ihren Produkten nicht mehr konkurrenzfähig sind im globalen Wettbewerb. Zunehmend machen sich westdeutsche Unternehmen breit, und auch an den Schalthebeln des Aufbaus in Wirtschaft und Verwaltung sitzen nun Westdeutsche, die in der soeben aus der Diktatur entlassenen Gesellschaft als „Wessis“, oft als „Besserwessis“ erlebt werden. Die Gefühle der Entfremdung und Entwertung, die in dieser Zeit entstehen, schlagen sich auch noch dreißig Jahre nach der Wiedervereinigung im „Jahresbe-

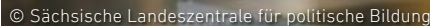
richt der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2020“ nieder, obwohl sich die Lebensverhältnisse in Ost und West inzwischen immer weiter angleichen.

Was tun angesichts der gemischten Gefühle in einem wiedervereinigten Land, das den ebenso außergewöhnlichen wie belastenden Anforderungen des Zusammenwachsens ausgesetzt ist? Die LpB bekennt sich dezidiert zu „Deutschland und Europa“. So lautet nun der neue Name der dritten LpB-Zeitschrift, die noch bis Ende 1990 nicht nur im Titel die „Deutsche Frage im Unterricht“ ins Zentrum gestellt hat.

Zudem baut die Landeszentrale weiterhin auf pragmatische Unterstützung, indem sie etwa an der Ausbildung von Lehrkräften für Gemeinschaftskunde mitwirkt, um jahrzehntelanger sozialistischer Schulung und linientreuer Staatsbürgerkunde ein demokratisch-pluralistisches Verständnis von politischer Bildung auf überparteilicher Grundlage entgegenzusetzen. Und sie fördert weiterhin die Begegnung, nun auch im großen öffentlichkeitswirksamen Maßstab. „Wir sind ein Volk! Sind wir ein Volk?“, so lautet der Titel einer Großveranstaltung in der Fellbacher Schwabenlandhalle am 14. Mai 1994, auf die im „verflixten siebten Jahr der Deutschen Einheit“ am 18. Mai 1996 ein zweiter Tag der Begegnung auf dem Marktplatz im sächsischen



Eine Dokumentation erinnert an die Begegnung von mehr als 1.000 Menschen aus Sachsen und Baden-Württemberg in Fellbach.



Aber auch in Baden-Württemberg ist die „Seminararbeit zunehmend durch Orientierungsfragen geprägt“, stellt der LpB-Jahresbericht 1992 fest. „Denn mehr und mehr hat sich das – eher verwirrende – Bewusstsein breitgemacht, dass sich Deutschland seit der Vereinigung verändert hat.“ Deutschland ist im Zeitraster zum mit Abstand größten Staat Europas aufgestiegen. Die Hauptstadt soll schon bald vom beschaulichen Bonn ins geschichtsträchtige Berlin verlegt werden. Doch seine neue Rolle hat das Land



Dr. Roland Löffler

ist Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Er blickt zurück auf die Geschichte seiner Institution. An deren Gründung 1991 waren unter der Federführung des Direktors Dr. Siegfried Schiele auch LpB-Mitarbeitende aus Baden-Württemberg beteiligt.

Was verbindet die beiden Zentralen in Sachsen und im deutschen Südwesten?

Aus der Außenstelle der Landeszentrale Baden-Württembergs in Dresden wurde am 1. Juli 1991 die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung. Zwei Mitarbeiter vor Ort und die ersten Büroräume in der Wigardstraße, in der Nähe der Sächsischen Staatskanzlei, stellten den Grundbestand der neuen Landeszentrale dar. Kommissarischer Leiter in Sachsen wurde der aus Stuttgart entsandte Dr. Ulrich Graute, der lange für die Landes-

zentrale in Stuttgart tätig gewesen war. Der formelle Rahmen entsprach ganz dem Stuttgarter Vorbild, insbesondere die wichtige Rolle des Kuratoriums für die Sicherung der Überparteilichkeit. Trotz der weiten Entfernung zwischen Sachsen und dem „Ländle“ standen die 1990er Jahre ganz im Zeichen von Begegnungsveranstaltungen, gemeinsamen Schreibwettbewerben und Lesebüchern. In der Landeskundlichen Schriftenreihe der LpB Baden-Württemberg erschien sogar ein Band über Sachsen. Hin und wieder trafen sich die Kolleginnen und Kollegen zur Projektplanung und zum persönlichen Erfahrungsaustausch. So ist allen, die dabei waren, das Treffen im neu eröffneten „Haus auf der Alb“ ein unvergessliches Erlebnis. Es wurden sogar einzelne Formate wie „Politik auf dem Marktplatz“ erfolgreich nach Sachsen transferiert.

Mit dem Abschluss der Aufbauphase konnte die sächsische Landeszentrale auf eigenen Füßen stehen. Aktuell kooperieren beide Häuser punktuell, etwa bei einem Online-Kurs zur Extremismusprävention. Das Bewusstsein vom besonders kollegialen Verhältnis zwischen unseren beiden Landeszentralen ist ungebrochen präsent.

noch nicht gefunden. Innenpolitisch setzt es die „Vereinigungskrise“ (Ulrich Herbert) unter enormen Druck, allein schon finanziell. Außenpolitisch sieht es sich plötzlich mit schwierigen Erwartungen konfrontiert, allen voran der Beteiligung an Militäreinsätzen des westlichen Bündnisses wie 1991 im Irak. Der Historiker Frank Biess, der in seinem Buch „Republik der Angst“ eine „andere Geschichte der Bundesrepublik“ entfaltet, fasst die Folgen zusammen: „Nicht mehr die Auswirkungen der Weltpolitik auf Deutschland als Objekt wie in der Frühzeit des Kalten Krieges, sondern die Rolle Deutschlands als aktives Subjekt der Weltpolitik machte nach 1990 Angst.“ Weltweit ist nun von „German Angst“ die Rede. Sie charakterisiert eine Ära der

Verunsicherung und des Übergangs, die in etwa den Zeitraum umfasst, in dem Politik, Justiz und Gesellschaft mit der deutschen Beteiligung an militärischen Missionen im Ausland hadern, bis zur endgültigen Zäsur 1999, als sich die Bundesrepublik im Kosovo erstmals an einem militärischen Kampfeinsatz beteiligt. Solange zeigt sich „German Angst“ in unterschiedlicher Gestalt und treibt zugleich Nachbarländer und Bündnispartner Deutschlands um. Frank Biess sieht durchaus auch die Vertiefung der EU als „Projekt der Angstabwehr“, denn mit der Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht 1992 ist allen Beteiligten klar, dass das vereinigte Deutschland zumindest seine starke D-Mark einbringen wird, um den Euro möglich zu machen.

ASYLDEBATTE, ANSCHLÄGE UND RASSISTISCHE POGROME

Auch die panischen, zunehmend aggressiven Reaktionen auf die wachsende internationale Armutsmigration bettet der Historiker Frank Biess in die Geschichte der Angst ein. Noch 1991 kürt die Gesellschaft für deutsche Sprache die Neuschöpfung „Besserwessi“ zum „Wort des Jahres“, ein Jahr später rangiert „Politikverdrossenheit“ an erster Stelle, gefolgt von „Fremdenhass“, „Rassismus“ und „Rechtsruck“. In beiden Teilen Deutschlands wollen die Pogrome und Brandanschläge auf Geflüchtete und auf seit Jahren in Deutschland lebende ausländische Bürgerinnen und Bürger nicht abreißen: Hoyerswerda (September 1991), Hünxe (Oktober 1991), Rostock-Lichtenhagen (August 1992), Mölln (November 1992) und Solingen (Mai 1993), wo allein fünf türkische Frauen und Kinder dem Anschlag junger Neonazis zum Opfer fallen. 14 weitere Familienmitglieder erlitten zum Teil lebensgefährliche Verletzungen.

Zugewanderte werden auf offener Straße angegriffen, jüdische Friedhöfe geschändet, auch im Südwesten. Auch die Vorgeschichte des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU), der im Jahr 2000 den ersten Mord in einer ganzen Serie gezielter Gewaltakte gegen Menschen mit Migrationshintergrund begeht, reicht zurück in die Neunzigerjahre.

Die eruptive Gewalt gegen Zugewanderte löst bei der Mehrheit in Deutschland Entsetzen aus. Bürgerinitiativen rufen zum Handeln auf. Vielerorts bringt die Zivilgesellschaft ihre Solidarität mit Lichterketten, Märschen und Mahnwachen zum Ausdruck. Allein in München versammeln sich im Dezember 1992 etwa 400.000 Personen, in Stuttgart zeitgleich 120.000. Die Aktivitäten summieren sich in den frühen 1990er Jahren zur zweiten großen Protestwelle der Republik nach den friedensbewegten Demonstrationen im Jahrzehnt zuvor.

Doch zugleich geht auch die aufgeheizte Debatte über Asyl und Zuwanderung weiter. Im Zentrum des politi-



© picture-alliance/dpa

29. Mai 1993

Bei einem Brandanschlag in Solingen werden fünf türkeistämmige Frauen und Kinder ermordet. Das Foto zeigt das Haus der Familie Genç nach der Mordnacht.

schen Streits stehen nicht die ethnisch deutschen Aussiedlerinnen und Aussiedler, die eine weiterhin wachsende Gruppe beim Zuzug nach Deutschland ausmachen. Im Zentrum stehen Asylsuchende, vor allem aus dem im Bürgerkrieg versinkenden Jugoslawien, und Menschen aus der Türkei. Die Rede ist vom „Massenmissbrauch des Asylrechts“. Die Stimmung ist zunehmend aufgebracht, die Politik unter Druck. Es herrscht eine Atmosphäre, die nicht nur Gewalt stimuliert, sondern Parteien am rechten Rand zugleich Gehör verschafft, indem sie die Angst vor sogenannter Überfremdung



20. Dezember 1992

Mehr als 100.000
Menschen demonstrieren
in der Stuttgarter Innenstadt
ihre Solidarität mit den
Opfern rechtsextremer
Gewalt.

schürt und ethnische Homogenität im wiedervereinigten Deutschland propagiert. Die Deutsche Volksunion (DVU) und „Die Republikaner“ ziehen in dieser Zeit in mehrere ost- und westdeutsche Landesparlamente ein, so auch nach den Wahlen vom April 1992 im Südwesten. Zwei Legislaturperioden, bis 2001, sind „Die Republikaner“ im Landtag von Baden-Württemberg vertreten, zeitweise als drittstärkste Fraktion. Die Debatten über Migration und Zuwanderung, die sich längst auch in Gestalt von Einwanderung vollziehen, sind mit dem „Asylkompromiss“ von 1992/1993 noch nicht beendet. Sie gehen auch nach der Einigung der konservativ-liberalen Regierungskoalition auf Beschränkungen im Asylrecht weiter. Die Auseinandersetzungen mit der zunehmenden Heterogenität der Gesellschaft sind selbst mit der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts im Jahr 2000 unter der neuen rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder (SPD) noch immer nicht erledigt. Erst nach und nach beginnt sich nach der Jahrtausendwende die Einsicht durchzusetzen, dass Deutschland zu einem Zuwanderungs- und Einwanderungsland geworden ist.

Auch die Landeszentrale befasst sich mit den Herausforderungen einer multiethnischen Gesellschaft. 1993 wählt sie sich für ihre Angebote den thematischen Schwerpunkt „Umgang mit Fremden“. Die LpB treibt die Vernetzung von damals noch sogenannten Ausländerinitiativen voran, thematisiert in Seminaren „Fremd sein – Freund sein“ und fördert die Begegnung von Jugendlichen unterschiedlicher Nationalitäten in neuen Formaten wie „Café International“. Zugleich gewinnt die Auseinandersetzung mit dem politischen Rechtsextremismus an Gewicht. Von einer bedrohlichen „Herausforderung für die innere Sicherheit der Demokratie“ spricht etwa der LpB-Jahresbericht 1994. Selbstkritisch klopft man die klassischen Angebote auf ihre Wirksamkeit hin ab. „Die herkömmliche politische Bildungsarbeit versagt vor allem bei rechtsextrem orientierten Jugendlichen, die natürlich nicht von sich aus das Angebot der Landeszentrale in Anspruch nehmen“, so lautet eine Erkenntnis des Hochschultags

„Gewalt und Rechtsextremismus“, der 1994 in Kooperation mit der Fachhochschule für Sozialwesen Esslingen veranstaltet wird. Andere, passende Zugänge sind gefragt, erlebnispädagogische Ansätze oder auch Theater- und Videoprojekte mit Jugendlichen. Die Tagung schließt mit dem Plädoyer, die politische Bildung mit der sozialen Arbeit zu verzahnen, und mit der Einsicht, dass es gezielter pädagogischer Maßnahmen bedarf: „Die Gleichung: Ausbau der Unterrichtung über die Gräueltaten des Nationalsozialismus = Rechtsextremismus-Bekämpfung, Gewaltsensibilisierung und Demokratiestabilisierung geht schon lange nicht mehr auf“, stellen LpB-Direktor Schiele und Professor Kurt Möller im Tagungsband „Gewalt und Rechtsextremismus“ fest, der in der „Didaktischen Reihe“ erscheint. Noch im selben Jahr wird das „Training zu Zivilcourage“ etabliert, ein Rollenspiel zum Umgang mit (rechtsextremem) Gewalt im Alltag. Nach der Jahrtausendwende greifen die LpB-Projekte „Team Z“ und „Team meX“ auch auf diese Erfahrungen zurück. Die Spur der Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus, heute für die Landeszentrale längst ein zentraler Bestandteil des Bildungsangebots, führt zurück in die 1990er Jahre.

ERINNERUNGSKULTUR ERWÄCHST AUS ERINNERUNGSKONFLIKTEN

Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg verschafft sich in den 1990er Jahren auf andere Weise neue Bedeutung und neue Formen, auch bei der Landeszentrale. Das Ende des Ost-West-Konflikts führt auch hier zu Perspektiverweiterungen. Archive, die eben noch hinter dem Eisernen Vorhang lagen, werden zugänglich. Die Gestaltung von Erinnerungskultur, insbesondere einer angemessenen Erinnerung an den Holocaust, wird von Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit mit internationaler Resonanz verhandelt. Es geht um konkrete Fragen, um die finanzielle Entschädigung für Zwangsarbeit und ganz allgemein um adäquate Formen des Ausdrucks deutscher Verantwortung für



**Jost
Grosspietsch**



**Thomas
Stöckle**

Jost Grosspietsch und Thomas Stöckle sind seit den 1990er Jahren in der Gedenkstättenarbeit aktiv, unter anderem als Sprecherräte der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen (LAGG). Gemeinsam blicken sie auf die bei der Gründung 1995 ausdrücklich gewünschte Zusammenarbeit mit der Landeszentrale zurück – und gehen der Frage nach, was diese Zusammenarbeit bis heute auszeichnet.

Die Erinnerung an die NS-Verbrechen in Baden-Württemberg, verbunden mit historisch-politischer Bildung, beginnt vor langer Zeit und ist vielschichtig. Sie setzt mit der vergangenen Gegenwart ein und reicht bis in die Zukunft. Am Anfang stand hierbei auch nicht die politische Bildung. Am Anfang stand vielmehr die mühselige historische Forschung, die als Aufarbeitung bezeichnet oder auch als Bewältigung denunziert wurde. Die mühsame Spurensuche in der

”

Wiederaufbauphase des Landes wurde mit bürgerschaftlichem Engagement und denkmalpflegerischer Mitarbeit in den Siebziger-

jahren fortgesetzt. In Breite und Tiefe in den Achtzigerjahren zunehmend, trafen sich ab 1993 verschiedene Gruppen aus der KZ-Gedenkstätte Oberer Kuhberg, der ehemaligen Synagoge Freudental, der KZ-Gedenkstätte Vaihingen/Enz und weiteren Gedenkstätten zu Diskussionen, um Gemeinsamkeiten, Bedingungen, Perspektiven und Herausforderungen ihrer Erinnerungsarbeit zu erörtern.

1995 vereinigten sie sich in Vaihingen/Enz mit der dort verabschiedeten „Vaihinger Präambel“ zur Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen (LAGG) in Baden-Württemberg als landesweites Netzwerk und Interessenvertretung.

Diese Präambel wurde von der damaligen Landesregierung als Grundlage für die Erinnerungsarbeit übernommen. Die LpB übernahm auf Wunsch der Gedenkstätten die Schnittstellenfunktion. Diese Entscheidung, der die damalige Politik vorbehaltlos zustimmte, sollte sich als Glücksfall erweisen und für beide Seiten und Partner, Gedenkstätten wie Landeszentrale, neue Perspektiven eröffnen.

Mittlerweile auf über 70 Gedenkstätten angewachsen, netzwerkartig kooperierend und in der Landschaft der Erinnerungsorte in der Bundesrepublik gänzlich singulär, arbeiten Baden-Württembergs Gedenkstätten bürgerschaftlich verankert und staatlich wahrgenommen und unterstützt, um an authentischen Orten das konkrete Erinnern vielfältig und vielschichtig erfahrbar zu machen für Jung und Alt. Für eine demokratische Gegenwart und Zukunft.

Die Gedenkstätten erarbeiteten vor einem Jahrzehnt eine Gedenkstättenkonzeption für das Land Baden-Württemberg – in enger Abstimmung stets mit der LpB, wo bis heute die Abteilung Demokratisches Engagement sich für die Gedenkstätten zuständig zeigt. Seither erhöhte sich sukzessive die Bedeutung der politischen Bildung, nicht nur, aber auch vor dem Hintergrund neuer rechtsextremistischer, neonazistischer und rassistischer Bedrohungen und Gewalttaten.



Die Aufgaben und Funktionen der Gedenkstätten haben sich erweitert, sie haben sich professionalisiert – und dies, ohne ihren bürgerschaftlichen und ehrenamtlichen Markenkern zu verlieren. Aus Erinnerungsorten wurden auch Orte der Dokumentation, der Forschung und schließlich der Bildung. Sie wurden zu einer ganz dezidierten und einzigartigen Form außerschulischer Lernorte. Immer stärker setzte sich nach der Jahrtausendwende die Einsicht

durch, dass Erinnerung eine gemeinschaftliche Aufgabe von Gesellschaft und Politik ist.



Gedenkstätten und die Landeszentrale werden auch weiterhin verbunden und aufeinander angewiesen und bezogen bleiben. Sie waren dies in den vergangenen 25 Jahren und werden dies auch in den nächsten 25 bleiben – nicht immer ohne Dissonanzen, aber immer im gleichen Geist.

die Massenverbrechen der NS-Diktatur. In den Neunzigerjahren wird gestritten und gerungen um die Errichtung des Holocaust-Mahnmals in Berlin, um die Verstrickungen der Wehrmacht in die NS-Verbrechen anlässlich einer kontrovers diskutierten Wanderausstellung, um die Zuspitzungen des US-Historikers Daniel Goldhagen in seinem Bestseller „Hitlers willige Vollstrecker“. Es ist zugleich das Jahrzehnt, in dem der Kölner Künstler Gunter Demnig mit seinen „Stolpersteinen“ jüdischen Opfern erste Erinnerungszeichen im öffentlichen Raum setzt, in dem Bundespräsident Roman Herzog (CDU) den 27. Januar, den Tag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau 1945, zum Tag des Gedenkens für die Opfer des Nationalsozialismus erklärt, in dem der Bundestag in endlos scheinenden Debatten eine erste Bundesgedenkstättenkonzeption erarbeitet. Das wiedervereinigte Deutschland sichert damit nicht nur die Erinnerung an das SED-Unrechtsregime ab, sondern macht erstmals überhaupt die Förderung auch der weithin ehrenamtlichen Gedenkstättenlandschaft in Westdeutschland durch den Bund zum Thema. In dem Jahrzehnt, in dessen Mitte sich das Ende der NS-Diktatur zum fünfzigsten Mal jährt, erwächst Erinnerungskultur aus unterschiedlichsten Erinnerungskonflikten.

Die Gleichzeitigkeit dieser Entwicklungen bildet sich in der Arbeit der LpB ab. Im Dezember 1995 erreicht

die „Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten in Baden-Württemberg“, ein Zusammenschluss von damals etwa zwanzig ehrenamtlich getragenen Gedenkstätten im Land, die Förderung durch das Land. Zugleich wird die LpB per Landtagsbeschluss mit der Koordination und Verwaltung der neu im Haushalt verankerten Fördermittel betraut. Die Zusammenarbeit des frisch geschaffenen Fachreferats mit den Gedenkstätten im Land entfaltet sich in den Folgejahren und umfasst bald die Herausgabe von Publikationen, die Gestaltung von Veranstaltungen und ganz allgemein die Weiterentwicklung der historisch-politischen Bildungsarbeit. Auch die Gründung weiterer Gedenkstätten im Land fällt in dieses Jahrzehnt, und die ehrenamtlich Aktiven, die sich von nun an einmal jährlich im LpB-Tagungszentrum „Haus auf der Alb“ in Bad Urach versammeln, bauen ihre Zusammenarbeit aus.

Gemeinsam mit dem Sprecherrat, den die Delegierten alle zwei Jahre wählen, fördert die LpB diese systematische Vernetzung. Die Fundamente einer einzigartig dichten, zivilgesellschaftlich getragenen, pluralistisch organisierten Gedenkstättenlandschaft werden in dieser Zeit gelegt. Auch die Anfänge der transnationalen Aufarbeitung des KZ-Komplexes Natzweiler beiderseits des Rheins beginnen in den 1990er Jahren. 1997 treffen sich Forschende und Gedenkstättenmitarbeitende aus dem Elsass und aus dem deutschen Südwesten erstmals in Bad Boll, um ihr Wissen auszutauschen.



21. November 1990

50 Jahre nach den
„Euthanasie“-Morden der
Nationalsozialisten wird
in Grafeneck bei Münsingen
feierlich eine Gedenk-
stätte mit Kapelle
eingeweiht.

© Reutlinger General-Anzeiger/ Jürgen vom Grafen

Viele Jahre später, als in Baden-Württemberg bereits ein Netz von etwa siebzig historischen Orten mit Bezug zu den NS-Verbrechen besteht, würdigt die Literaturwissenschaftlerin Aleida Assmann die verbindende Kraft dieser Erinnerungsaktivitäten, die seither zunehmend die Opfer und auch ihre Familien und Nachfahren einschließen. Es sind diese lokal verankerten Erinnerungsk Kooperationen, hebt Aleida Assmann 2012 in ihrer Gedenkrede zum 27. Januar im Landtag hervor, die mit ihrer „Vorsorge gegen Verfall und Vergessen“ die Verantwortung für die Vergangenheit in der deutschen Gegenwart bewahren.

Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg kehrt auf vielerlei Weisen zurück, mitunter so unerwartet wie unberechenbar. Auch das greift die Landeszentrale auf. Europa verändert sich, seine Grenzen wollen neu definiert und justiert werden, Transformationskrisen bis hin zu Krieg prägen die Dekade. Bei Seminaren wie

„Mitten in Europa – die Rückkehr von Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn“ im Oktober 1994 im LpB-Tagungszentrum „Haus auf der Alb“ wird die Entwicklung der einstigen Mitgliedstaaten des untergegangenen Warschauer Pakts untersucht. Die Rede ist vom Kulturschock in Begegnung mit dem Kapitalismus und vom Nationalismus, der als eine Art Ersatzreligion neuen Halt verspricht. Die Tagungsdokumentation bilanziert kritisch: „In weiten Teilen Mittel- und Osteuropas fanden die importierten Modelle der Demokratie, des Rechtsstaats und der Marktwirtschaft keinen Halt, so dass die westlichen Normen und Begriffe rasch zu bloßen Versatzstücken der politischen Rhetorik verkamen.“ Die blutigen Auseinandersetzungen im zerfallenden Jugoslawien, mit denen 1991 der Krieg nach Europa zurückkehrt, nimmt die LpB zum Anlass, Vertreterinnen und Vertreter der unterschiedlichen Ethnien des Balkanlands, die in Stuttgart beheimatet sind, ins Gespräch zu bringen.



**Nada
Heller**

ist Sprachwissenschaftlerin und Informatikerin. Sie kam 1992 mit der Landeszentrale für politische Bildung in Kontakt, als sie zum „Forum ehemaliges Jugoslawien“ stieß, einem Begegnungsseminar der LpB, das über mehrere Jahre hinweg in Stuttgart stattfand. Der Konflikt der unterschiedlichen Ethnien und Gruppen bildete sich auch bei diesen Treffen in Stuttgart ab.

Frau Heller, was motivierte Sie zur Teilnahme am „Forum ehemaliges Jugoslawien“?

Warum Krieg? Was kann man tun, um den Wahnsinn zu stoppen? Diese Fragen haben mich motiviert – und auch eine sehr hohe Erwartung, die natürlich nicht erfüllt werden konnte. Es war mir aber wichtig, aktiv zu sein und nicht nur passiv abzuwarten, bis alles vorbei wäre. Es gab Bekannte, die nach Jugoslawien gingen, um dort gegen die „Feinde“ zu kämpfen. Gegen welche Feinde? Gegen die Brüder? Was für ein Unsinn. Ich fand, es musste andere Wege geben, den Konflikt zu stoppen. Aber welche?

Die Begegnungen wurden über Jahre hinweg fortgesetzt. Welche Erfahrungen haben Sie gesammelt?

Ich war neugierig, welche Sprache meine Landsleute sprechen würden: die Sprache des Hasses, wie alle jugoslawischen Medien in dieser Zeit, oder die Sprache der Vernunft? Und tatsächlich wurde ich bei den

ersten Treffen mit der Sprache des Hasses konfrontiert. In der Hasssprache gibt es immer zwei Seiten: Unsere Leute sind

Helden, Patrioten, unschuldige Opfer, und die anderen sind Schlächter, Terroristen, Kriminelle, Angreifer. Als ich früher in Jugoslawien lebte, hatte ich diese ethnischen Stereotypen ganz selten gehört und sie auch nicht wirklich ernstgenommen. Nein, nicht alle Teilnehmenden des Forums waren in diesem nationalistischen Nebel verloren. Aber wir, die keine Glorifizierung der eigenen Ethnie gefeiert haben, wurden durch diese Hasssprache sprachlos. Sie erzeugte nach meinem Gefühl eine einschüchternde Atmosphäre, musste ich doch befürchten, mit meiner Haltung als Verräterin des eigenen Volkes hingestellt zu werden.

Am Forum nahm ich dann aber doch immer wieder teil, da ich trotz allem die Hoffnung hatte, dass sich die Gemüter durch die Einwirkung von neutraler Seite und durch unsere Beharrlichkeit allmählich beruhigen würden. Weil die Nationalisten keine aggressive Gegenrede erleben mussten, fing man an zu diskutieren, wenn auch zögerlich und leider nur in diesem kleinen und beschränkten Rahmen.

Was kann politische Bildung angesichts eines kriegerischen Konflikts in einem anderen Land leisten?

Es gab Krieg in Jugoslawien, und wir Jugoslawen in Deutschland waren indirekt betroffen. In einer solchen Situation kann jede Anstrengung, die gegen Krieg gerichtet ist, wie klein auch immer, helfen. Auch ein kleiner Kreis kann eine Multiplikatorenrolle übernehmen. Jeder von uns hat sicherlich irgendeinen Einfluss auf seine Verwandten, Freunde, Bekannten im Herkunftsland. Jetzt, im Nachhinein, denke ich, dass man uns mit Vertreterinnen und Vertretern verfeindeter Völker aus anderen Ländern, aus Südamerika, Asien und Afrika hätte konfrontieren können. Die Hasssprache ist sicherlich die gleiche. Man hätte dann vielleicht schneller sagen müssen: „Unsinn!“

Das „Forum ehemaliges Jugoslawien“ trifft sich von 1992 an über mehrere Jahre hinweg. Das Interesse ist groß. Zunächst kommen zwölf Frauen und Männer auf Einladung der LpB zusammen. Doch der Kreis wächst schnell. Schließlich sind bis zu 120 Personen mit biographischem Bezug zum Balkankonflikt im Verteiler. Immer wieder treffen sich bis zu vierzig Personen. Es ist, heißt es später in der Zusammenfassung dieser ungewöhnlichen Begegnungen in Zeiten des Krieges, „einer der wenigen Kreise, in denen nationale Schranken bewusst aufgebrochen wurden“.

AUF DEN AUSBAU FOLGT DIE HAUSHALTSSPERRE

Mit Blick auf die Geschichte der LpB erscheinen die 1990er Jahre als ein „Jahrzehnt der Gleichzeitigkeit“. Die LpB wächst rasant, zunächst jedenfalls. 1991 zählt sie 84 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, nun erstmals organisiert in fünf Abteilungen. Das neu geschaffene Fachreferat „Haus auf der Alb“ in der Verwaltungsab-

teilung ist zu diesem Zeitpunkt bereits mit den Vorarbeiten für das eigene Tagungszentrum beschäftigt, das im Jahr darauf eröffnet werden soll. Und auch programmatisch stehen Anfang der 1990er Jahre die Zeichen auf Wachstum. Viele Formate in der politischen Bildungsarbeit werden in dieser Zeit weiterentwickelt, nicht nur die Begegnungsseminare, bei denen die LpB auf ein didaktisches Konzept der 1980er Jahre zurückgreift, das auf der Lehre des Religionsphilosophen Martin Buber basiert: „Ich werde am Du. Ich werdend spreche ich Du. Alles wirkliche Leben ist Begegnung.“ 1997, anlässlich des 25-jährigen Jubiläums der LpB, erscheint in der „Didaktischen Reihe“ der Sammelband „Praktische politische Bildung“, den Siegfried Schiele mit dem richtungsweisenden Befund einleitet: „Weniger die streng asketische und intellektuell orientierte politische Bildung ist heutzutage gefragt, sondern diejenige, die den Bürger und die Bürgerin in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellt.“

Der Direktor nutzt das Jubiläum 1997, um die „pädagogische Identität der Bildungseinrichtung“ zu verdeut-



© LpB Baden-Württemberg

6. Februar 1992

Eröffnungsfeier im
„Haus auf der Alb“ mit
Ministerpräsident
Erwin Teufel.

lichen. Denn der 25. Geburtstag der Institution fällt nicht nur in ein Jahrzehnt des Aufbruchs, der Errichtung neuer Fachbereiche, der Erweiterung des Personalstamms und der Einweihung des Tagungszentrums „Haus auf der Alb“, die 1992 in dem denkmalgeschützten Bauhaus-Gebäude in Bad Urach mit Begeisterung gefeiert wird.

Der 25. Geburtstag der LpB fällt zugleich in eine Zeit der Einschnitte. Die knallharte Sparpolitik, die schon bald nach der Deutschen Einheit angesichts hoher Belastungen der öffentlichen Hand und sinkender Steuereinnahmen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten einsetzt, hat auch Folgen für die LpB. 1993 muss sie erstmals eine Kürzung der Sachmittel hinnehmen. Im Oktober 1994 erlässt das Land eine Haushaltssperre, die auch die LpB trifft. Ihre Mittel werden in den Folgejahren regelmäßig gestutzt, Stellen gestrichen. Hinzu kommt die Prüfung der LpB durch den Landesrechnungshof. Seine „Denkschrift“ gipfelt 1998 im Hinweis: „Insgesamt könnten zehn Stellen eingespart oder für andere Zwecke verwendet werden.“ Angemahnt wird zudem ein „effizienterer Einsatz von Personal- und Sachmitteln“. Doch das Kuratorium der LpB macht sich die politische Bildung zu seiner Sache, und so bleiben die tiefsten Einschnitte aus. Es gelingt bis zum Ende des Jahrzehnts, die Arbeit mit insgesamt etwa 90 Mitarbeitenden fortzusetzen. Aber bis heute spricht Siegfried Schiele im Rückblick auf diesen „Generalangriff“ von seiner „schlimmsten Zeit“ als LpB-Direktor: „Es zeigte sich die Schwierigkeit des Versuchs, pädagogische Arbeit mit fiskalischen Kriterien messen zu wollen.“

Zugleich schreiten in den 1990er Jahren Liberalisierung, Demokratisierung und Ausdifferenzierung der Gesellschaft weiter voran. Der Wandel ist die Signatur der Zeit, und die LpB vollzieht ihn auf vielerlei Weise mit: Das 1990 neu geschaffene Fachreferat „Frauenbildung“ setzt sich für die Teilhabe von Frauen in politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen ein – in einem Jahrzehnt, in dem mit Beate Weber 1990 in Heidelberg erstmals im Land eine

Frau ein Oberbürgermeisteramt erkämpft, in dem es bundesweit mit Heide Simonis 1993 in Schleswig-Holstein erstmals eine Frau zur Ministerpräsidentin schafft und in dem eine Bundeskanzlerin für viele immer noch undenkbar ist – Angela Merkel tritt das Amt erst im neuen Jahrtausend, im Jahr 2005, an. Ebenfalls 1990 wird das Fachreferat „Ökologie“ errichtet, und die LpB wird zeitgleich zur Trägerin des neuen Freiwilligen Ökologischen Jahres – in einem Jahrzehnt, in dem der Super-GAU in Tschernobyl noch immer nachwirkt und sich die Grünen, wenn auch unter Rückschlägen, politisch weiter etablieren.

Und noch eine Entwicklung schreitet in den 1990er Jahren voran: Das Fachreferat „Außerschulische Jugendbildung“ versammelt die Jugendgemeinderäte, die sich seit Mitte der Achtzigerjahre etablieren, und unterstützt die Gründung eines Dachverbands – in einem Jahrzehnt, in dem die Partizipation von Kindern und Jugendlichen immer mehr zum Thema wird, nicht zuletzt dank der UN-Kinderrechtskonvention von 1989, die von Deutschland 1992 ratifiziert wird.

Es ist kein Zufall, dass die Fachdiskurse dieser Zeit, in der neue Zielgruppen in den Blick genommen werden, hartnäckig die Frage umkreisen, von welchem Bürgerleitbild die politische Bildung auszugehen habe. „Wollen wir die Lernenden zu reflektierten Zuschauern erziehen, die lediglich als Wähler Einfluss im Rahmen der repräsentativen Demokratie nehmen? Oder möchten wir möglichst alle zu Aktivbürgern machen, die



sich dauerhaft und konstant politisch engagieren?“ So bringt der Politikwissenschaftler und -didaktiker Wolfgang Sander die grundsätzlichen Überlegungen der Zeit damals auf den Punkt – mit durchschlagenden Folgen für die Gestaltung der politischen Bildung: Soll verstärkt auf die Vermittlung von politischem Wissen gesetzt werden? Soll neben kommunikativen und strategischen Fähigkeiten auch das unmittelbare Engagement unterstützt und gefördert werden? Oder hat die politische Bildung gar nicht die Aufgabe, ihren Zielgruppen ein bestimmtes Bürgerleitbild vorzugeben? Alle Debatten über die reflektierte Zuschauerin, die interventionsfähige Bürgerin oder auch die Aktivbürgerin und ihr jeweiliges männliches Pendant können am Ende keine allgemeinverbindliche Festlegung hervorbringen. Aber die unterschiedlichen demokratietheoretischen Vorstellungen in der Politikdidaktik führen zu unterschiedlichen Bildungskonzepten. Die Vielfalt der Methoden, bis hin zum stark handlungsorientierten Planspiel, ist somit auch eine Folge dieser intensiven Auseinandersetzungen.

„VON DER KAFFEEFAHRT LERNEN, HEISST SIEGEN LERNEN“

Die Landeszentrale in Baden-Württemberg, schon damals größer als die Zentralen anderer Bundesländer, will in die Breite der Gesellschaft hineinwirken. Sie möchte Bürgerinnen und Bürger, die Jugend und auch unterschiedliche Multiplikatorinnen und Multiplikatoren erreichen. Das erfordert vielfältige Angebote. Entwickelt werden Planspiele, die politisches Handeln simulieren und situatives Lernen ermöglichen. Mit ihnen wird lerntheoretisch und demokratietheoretisch Neuland betreten, denn das Format zielt – unter Abgrenzung von etwaigen Überwältigungsphänomenen, die mit dem Beutelsbacher Konsens kollidieren – dezidiert auf Partizipation. Entwickelt werden unterhaltsame Lernmedien wie Würfelspiele, Memorys, Quartette und Rätselhefte, frei nach der Devise, die bereits der Jahresbericht 1991 ausgibt: „Eine lediglich kopfgesteuerte Bildungsarbeit kann keine wirkliche Verankerung demokratischer Werte gewährleisten.“



1. Februar 1992

Die Studentin Regina Stegmüller, eine Mitgestalterin des „Zauberwürfels“, stellt in Stuttgart ein Würfelset vor, das als neues spielerisch-methodisches Medium im Politikunterricht eingesetzt werden kann.

Eingeführt wird ein „Ökoführerschein“ (1992), aktiviert werden Begegnungsformate (1991 ff.), genutzt wird in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre auch zunehmend das Internet (1995 ff.). Mit der Kreation des „Zauberwürfels“, einem spielerischen Lernmedium, das mit seinen sechs beschrifteten oder illustrierten Seitenflächen zur Konzentration und Elementarisierung komplexer Themen wie Grundrechte, Gleichstellung oder Rechtsradikalismus zwingt, schafft es die LpB sogar in die Fernsehnachrichten im Dritten Programm. Zunehmend adaptiert die Bildungsarbeit der Landeszentrale auch Strategien der Freizeit- und Erlebnisgesellschaft. Der Einsatz von Musik, Film und aktivierenden Elementen ist nun schon fast selbstverständlich. Exkursionen zu scheinbar trockenen Themen wie Europapolitik werden durchaus auch einmal gemäß der forschenden Erkenntnis „Von der Kaffeefahrt lernen, heißt siegen lernen“ angeboten. Standard ist längst: Institutionenkunde allein ist noch keine politische Bildung. Sie muss eingebettet sein in ein didaktisches Programm.

Im Jahrzehnt des epochalen Wandels, der mit dem Fall der Berliner Mauer beginnt, bahnt sich noch eine weitere, die digitale Zeitenwende an – zunächst zaghaft, mit der Freigabe des Internets für die allgemeine Nutzung und mit dem zunehmenden Gebrauch von Hard- und Software. Die digitale Revolution kündigt sich bei der LpB mit einschlägigen Veränderungen an: Ende 1994, listet der Jahresbericht beflissen auf, hat man fünf Zentralrechner, siebzig stationäre PCs, sechs mobile Notebooks, mehr als zwanzig Drucker und drei Scanner im Gebrauch. Wenige Monate später sind die ersten LpB-Rechner bereits mit dem World Wide Web verbunden, das seit kurzem frei nutzbar ist und schon zu boomen beginnt. „Es kann die erfreuliche Feststellung gemacht werden, dass die Arbeit der Landeszentrale durch die neue Technik zusätzliche Impulse erfahren hat“, meldet der Jahresbericht 1995.

Die erste Homepage wird errichtet. In Zeiten, in denen Informationsseiten im Internet noch absoluten Seltenheitswert haben, wartet die LpB mit aufbereiteten



Inhalten zu politischen Themen auf. Und auch erste Angebote für interessierte Bürgerinnen und Bürger werden gemacht – wiederum in Zeiten, da von „E-Learning“ im außerschulischen oder gar schulischen Bildungswesen noch keine Rede ist. Die Seminartitel fallen im Programm ziemlich aus dem Rahmen: „Multimediale Zukunft – Chance oder Risiko?“, „Kann der Computer alles?“ oder auch „HTML – Die Sprache des Internets“. Doch 1999 folgt mit „Grundkurs Politik online“ ein erstes digitales Angebot zu einem explizit politischen Thema. Die innovativen Angebote nehmen unter Federführung des stellvertretenden LpB-Direktors Karl-Ulrich Templ zügig Gestalt an. Die Nachfrage entwickelt sich von Anfang an durchaus erfreulich: Bereits 1996 werden wöchentlich mehrere hundert Zugriffe auf die Homepage verzeichnet. Unvorstellbar damals, dass ein Vierteljahrhundert später, im Jahr 2021, monatlich rund 800.000 bis zu eine Million User das Internetangebot der LpB anklicken würden. Noch ist in den 1990er Jahren die Vorstellung vom technologischen und gesellschaftlichen Wandel vage, den Neue Medien und Digitalisierung bald auslösen werden. Für eine Institution wie die Landeszentrale, die sich der Bildung verschrieben hat, heißt Mitmachen so viel wie ständig selbst dazulernen.

NEUE AKZENTE DURCH PRÄVENTION UND DEMOKRATIEBILDUNG

Der Wandel schreitet voran, über die Jahrtausendwende hinweg. Für die politische Bildung in Baden-Württemberg wie auch in Deutschland lässt sich für das letzte Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts ein vielschichtiges Resümee ziehen. Die Angebote in der ausgehenden Dekade müssen im „Sog der Sparmaßnahmen“ (Siegfried Schiele) gemacht werden. Doch zugleich erweitern neue Methoden, Formate und Kommunikationsmittel das Repertoire der politischen Bildung, deren Bedeutung und Dringlichkeit sich deutlich zeigen im Zuge der deutschen Vereinigung und der damit verbundenen demokratischen Transformation der ostdeutschen Gesellschaft, aber auch der rechtsextremistischen Welle von Gewalt. Extremismusprävention beginnt zu einem Handlungsfeld der politischen Bildung zu werden.

Und auch das zeigt sich auf wahrnehmbare Weise: Politische Bildung in Deutschland mit ihrem ebenso aktiven wie weitverzweigten Netz an staatlichen und nichtstaatlichen Anbietern und Akteuren ist einzigartig in Europa. Die Kontakte werden nun zunehmend enger geknüpft. Die Bundeszentrale und die Landeszentralen für politische Bildung intensivieren ihre Zusammenarbeit. Die Begründung des gemeinsamen Internetangebots www.politische-bildung.de, eine digitale Bündelung der vielfältigen Angebote aller Zentralen, fällt in die zweite Hälfte der 1990er Jahre. Die Zusammenarbeit geht über derart pragmatische Kooperationen schon bald hinaus. Im Mai 1997 verabschieden die Zentralen das Münchner Manifest, in dem sie ihren Auftrag angesichts grundlegender politischer, sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Herausforderungen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert neu vermessen.

Die Zielsetzungen atmen die krisenhafte Verunsicherung der epochalen Veränderungen, die im Laufe der 1990er Jahre längst auch die politische Bildungsarbeit erreicht haben. Die Anbieter spüren den Einbruch betriebswirtschaftlichen Effizienzdenkens und inhalt-

licher Funktionalitätserwartungen in die Sphäre freien Lernens. Sie müssen sich einerseits mit dem Kostendruck, andererseits mit dem politischen und gesellschaftlichen Wandel auseinandersetzen. Denn die politische Bildung steht unübersehbar vor der Aufgabe, auf die wachsenden Wünsche nach politischer Partizipation und zugleich auf die Folgen eines zunehmenden gesellschaftlichen Pluralismus zu reagieren. Die Demokratiebildung und die Präventionsarbeit kündigen sich als neue Arbeitsbereiche nach der Jahrtausendwende an. In den 1990er Jahren wird der Keim für viele Aktivitäten in der politischen Bildungsarbeit gelegt, auch bei der LpB.

Wie eine Rückschau auf das vergangene Jahrzehnt mit Schlussfolgerungen für die Zukunft liest sich denn auch die Regierungsantwort auf eine Große Anfrage der SPD zur außerschulischen politischen Bildung in Baden-Württemberg und das Protokoll der entsprechenden Plenardebatte im Herbst 2000. „Politische Bildung“, so lässt sich in der Drucksache 12/2986 nachlesen, „muss gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten dazu beitragen, eine stabile Grundlage für die Demokratie zu schaffen. Die politische Kultur muss soweit gestärkt werden, dass ein demokratisches Netzwerk entsteht, das auch in schwierigen Zeiten standhält. (...) Oberstes Ziel politischer Bildung ist es, politisches Interesse zu wecken und die staatsbürgerlichen Kenntnisse sowie die politische Urteilsfähigkeit zu verbessern. So kann intoleranten, menschenverachtenden Tendenzen, wie sie in Gewaltbereitschaft und Ausländerfeindlichkeit zum Ausdruck kommen, durch politische Bildungsarbeit wirksam entgegengetreten werden. Das wichtigste Ziel politischer Bildung ist die Schaffung einer aktiven Bürgergesellschaft, die demokratische Werte verinnerlicht hat und auch in schwierigen Zeiten für diese eintritt.“ Diese Sätze aus dem Jahr 2000 behalten Gültigkeit über ihre Zeit hinaus.

Demokratie braucht politische Bildung

Das Münchner Manifest – ein gemeinsames Positionspapier der Landeszentralen und der Bundeszentrale für politische Bildung.

Wenige Jahre vor Beginn des 21. Jahrhunderts haben die Landeszentralen für politische Bildung gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung im sogenannten Münchner Manifest eine Standortbeschreibung vorgenommen. Das Dokument beschreibt die grundlegenden politischen, sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen, um daraus wichtige Aufgaben der politischen Bildung im öffentlichen Auftrag abzuleiten. Sie arbeitet pluralistisch, überparteilich, unabhängig und fördert Teilhabe. Wir dokumentieren einen Wortlautauszug:

„Unsere moderne Gesellschaft im Umbruch – zumal in einem zusammenwachsenden Europa – fordert die Demokratiekompetenz der Bürgerinnen und Bürger auf eine besondere Weise heraus. Sie müssen sich auf Neues und Fremdes einlassen. Das gilt besonders für die Jugendlichen, die sich nicht in großer Zahl am politischen Leben beteiligen. Durch Tagungen, Wettbewerbe und jugendgemäße Aktivitäten eröffnen die Zentralen Zugänge zum demokratischen Mitmachen. Besonders Frauen sind nach wie vor zu wenig in der Politik vertreten. In vielen Projekten fördern die Zentralen daher das politische Engagement von Frauen. Darüber hinaus sprechen sie mit einem breiten Seminar- und Publikationsangebot verschiedene Zielgruppen – insbesondere Mittlerinnen und Mittler – an und motivieren und befähigen zahlreiche Bürgerinnen und Bürger zur aktiven Beteiligung an politischen Prozessen. Nur eine Bürgerschaft, die auf qualifizierte Weise am Zustandekommen dessen teil hat, worüber entschieden wird, steht auch in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche zur Demokratie. (...)“

Da sich der Wandel in unserer Gesellschaft so dramatisch und rasant vollzieht, muß man den Menschen Hilfestellung anbieten. Die Zentralen stellen sich den gesellschaftlichen, ökologischen und politischen Um-

brüchen und setzen sich mit den damit verbundenen Problemen auseinander. Sie nehmen neue Themenstellungen in ihre Bildungsarbeit auf und müssen auch zukünftig für neue Inhalte offen sein (z.B. Globalisierung und ihre wirtschaftlichen und sozialen Folgen, Europa, Technikfolgen, Ökologie). Ihnen kommt darüber hinaus die Aufgabe zu, ggf. auch unpopuläre Themen zu besetzen und in die politische Bildung einzubringen. Die Arbeit der Zentralen für politische Bildung trägt dazu bei, komplexe Zusammenhänge besser zu verstehen und verschiedene Lösungsansätze kritisch zu diskutieren. Neben der Öffnung für neuartige Inhalte ist die Entwicklung, Umsetzung und Evaluierung neuer Methoden und Beiträge zur Didaktik der politischen Bildung von großer Bedeutung. Hierzu gehört neben der Nutzung neuer Techniken und Medien im Bildungsbereich (z.B. Internet) auch die Erprobung neuer Arbeitsweisen und Vermittlungsformen (z.B. Einbeziehung externer Kompetenz aus Wissenschaft, Politik, Praxis; Kooperationen mit anderen Trägern).(...)

Eine ‚wetterfeste‘ Demokratie muß auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten stabil bleiben. Die Zentralen tragen im Zuge der Globalisierung der Wirtschaft und ihrer Folgen zur Versachlichung der politischen Auseinandersetzung bei und verhelfen der Einsicht zum Durchbruch, daß die Demokratie dann sicherer ist, wenn eine Gesellschaft nicht über ihre Verhältnisse lebt. Sie arbeiten für eine aktive Bürgergesellschaft, die den Staat als Summe aller Bürgerinnen und Bürger begreift und nicht als ein dienstleistendes Gegenüber.(...)

Es ist darüber hinaus eine zentrale Aufgabe politischer Bildung, den Vereinigungsprozeß für die Menschen in Ost und West begreifbar zu machen. Das erfordert ein aktives und verstärktes Aufeinander-Zugehen. (...)

Politische Bildung muß sich mit den totalitären Erfahrungen intensiv auseinandersetzen, damit durch die Erinnerungsarbeit die Irrtümer der Vergangenheit künftig vermieden werden können. Die Zentralen für politische Bildung arbeiten eng mit den Gedenkstätten zusammen.“